

Die Ameise

Verbandsorgan der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Immer strebe zum Ganzen und kannst Du selber kein Ganzes werden

□ □ □ Als dienendes Glied schließ an ein Ganzes Dich an □ □ □

Redaktion, Expedition und Verlag: Charlottenburg — Privat-Postabonnement für das Vierteljahr 6 Mark

Nr. 20.

Charlottenburg, Freitag, den 14. Mai 1920.

Jahrg. 47.

Tuberkulose!

Der lange, schwere Weltkrieg hat uns Not und Tod gebracht. Furchtbar in seinem Verlauf für alle beteiligten Völker und verhängnisvoll insbesondere für Deutschland in seinem Ende, hat er im allgemeinen Begleiterscheinungen gezeitigt, die noch auf Jahrzehnte hinaus unheilvolle Nachwirkungen auslösen. Es soll an dieser Stelle abgesehen werden davon, zu untersuchen, inwieweit dies auf politischem und ökonomischem Gebiet zutrifft, sondern es sollen die Erkrankungserscheinungen in den Vordergrund der Erörterung gestellt werden. Und ich denke da in allererster Linie an die Tuberkuloseerkrankungen. Wenn schon die Tuberkulose in Deutschland in der Vorkriegszeit einen unheimlichen Umfang angenommen hatte und diese Krankheit als Volksseuche schlechthin bezeichnet werden konnte, so hat der Krieg für die Weiterverbreitung derselben einen außerordentlich günstigen Nährboden geschaffen, auf dem diese Volksgeißel geradezu üppig wuchert: sie ist zur sozialen Krankheit geworden. Nicht nur, daß etwa die weitesten Bevölkerungskreise in vorgeschrittenem Alter von ihr heimgesucht wurden, sondern auch der Jugendlichen hat sie sich bemächtigt und droht das ganze Volk in seine Krallen zu nehmen, wenn nicht die Gefahr rechtzeitig erkannt wird und umfassende prophylaktische Maßnahmen ergriffen werden. In den weitesten Kreisen der Bevölkerung ist man sich allerdings der ungeheuren Gefahr, in der das Volk sich befindet, bewußt, und es mehrten sich die Stimmen, die sich für wirksame Bekämpfung der Seuche durch Vorbeugung erheben. Aber solange sich solche Tätigkeit der Vorbeugung im wesentlichen auf private und Wohltätigkeitsmittel stützt, kann sie nicht so wirksam sein, als wie sie es im Interesse des gesundheitlichen Wiederaufbaues des Volkes sein sollte.

Es wird gegenwärtig soviel über den Wiederaufbau des Vaterlandes im allgemeinen gesprochen und geschrieben, und da scheint es mir unerlässlich, den gesundheitlichen Wiederaufbau des Volkes in den Vordergrund zu rücken.

Daß gerade die Tuberkulose einen so unheimlichen Umfang annehmen konnte, ist in allererster Linie mit zurückzuführen auf die tatsächliche Unterernährung des Volkes während des Krieges, verursacht durch die geradezu hermetische Absperrung Deutschlands von der Lebensmittelfuhr aus dem Auslande: durch die Lasten der Entente. Es ist ja zur Genüge bekannt (weil durch berufene Autoren auf dem Gebiete der Tuberkuloseforschung unzählige Male festgestellt und veröffentlicht), daß der unterernährte Körper für den Tuberkelbazillus das empfänglichere Objekt ist gegenüber dem gutgenährten. Auch gegenwärtig leidet das deutsche Volk noch an hochgradiger Unterernährung infolge des Unvermögens der deutschen Landwirtschaft, Deutschland mit den notwendigen, zur Ernährung des deutschen Volkes hinreichenden Lebensmitteln zu versorgen, und wahrscheinlich wird dieser Zustand noch auf Jahre hinaus anhalten, bis Beziehungen mit dem Auslande angeknüpft sind und uns von dort die Fehlmengen Lebensmittel zugeführt werden. Aber auch das Kriegesleben im allgemeinen hat die Ausbreitung der Tuberkulose außerordentlich begünstigt: denn das Leben draußen war ein Leben höchster Anstrengung und durchweg übermenschlicher Kräfteaufwendung, dazu noch ein solches voller Unordnung und Unregelmäßigkeit, wozu noch erhöhte Sorge um die Daheimgebliebenen gesellte, während letztere die im Felde stehenden Arbeitskräfte durch erhöhten Kräfteaufwand zu ersetzen hatten und dieser höhere Kräfteaufwand dagegen nicht ersetzt wurde durch bessere Ernährung. Daß unter solchen Umständen ein Volk degenerieren mußte, ist nur zu natürlich, und es braucht nicht wunderzunehmen, wenn sich bei

einem körperlich völlig heruntergekommenen Volke solche Folgen zeigen.

Trotz des regen Interesses, das auf dem Gebiete der Tuberkulosebekämpfung in der Vorkriegszeit in Deutschland vorhanden war, muß gesagt werden, daß das Reich seine Aufgaben auf diesem Gebiete eigentlich nicht erfüllt hat. Ganze 100 000 Mk. in einem Jahre bis kurz vor Kriegsausbruch hatte es übrig für Bekämpfung oder Erforschung der Tuberkulose! Man bedenke: 100 000 Mk. bei dem Umfange dieser Volksseuche! Nach der preussischen Statistik von 1909 waren in preussischen Krankenhäusern 82 576 Kranke untergebracht, die an Tuberkulose gelitten haben. Das sind 7,8 Proz. aller überhaupt in den Krankenhäusern in Preußen untergebracht gewesenen Personen.

Es starben in Preußen im Jahre 1909 an der Tuberkulose 60 871 Personen; dabei kann gesagt werden, daß diese Ziffern für die Erkrankungs- und Sterbefälle an Tuberkulose noch nicht einmal erschöpfend sind. Ähnlich wie in Preußen lagen die Verhältnisse auf diesem Gebiete in allen übrigen deutschen Staaten, so daß die Angaben über den Umfang dieser schrecklichen Seuche zwischen 800 000 bis 1 300 000 Erkrankungsfällen in einem Jahre schwanken. Angesichts eines solchen Umfanges sind wohl die durch das Reich aufgewendeten Mittel von 100 000 Mk. mehr als bescheiden, vielmehr als absolut ungenügend zu bezeichnen. Auch die durch die Einzelstaaten, die Gemeinden und seitens Privatgesellschaften und Wohltätigkeitsveranstaltungen zur Verfügung gestellten Mittel reichten bei weitem nicht aus, um die Volksseuche wirksam einzudämmen. Der Krieg hat nun die prophylaktischen Maßnahmen bis zu einem gewissen Grade außer Wirksamkeit gesetzt, und die Tuberkulose konnte noch üppiger ins Kraut schießen als vorher. Die ganze Größe der Gefahr wird erst offenkundig werden, wenn eine Statistik die Öffentlichkeit unterrichtet über den Umfang.

Deutschland steht gegenwärtig im Zeichen der Verarmung. Aber bei all der drückenden Not, in der wir uns befinden, dürfen wir die allernotwendigsten Aufgaben nicht außer acht lassen. Und diese Aufgaben dürften in der Bereitstellung ausreichender staatlicher Mittel zum Zwecke der Bekämpfung der Volkskrankheit bestehen. Wenn auch schon in der Vorkriegszeit immerhin nennenswerte Mittel seitens der Einzelstaaten, Gemeinden und insbesondere seitens der Versicherungsanstalten und Krankenkassen zu diesem Zwecke aufgewendet wurden, so reichten diese Mittel bei weitem nicht aus, um allen Anforderungen gerecht zu werden. Im Jahre 1904 haben die Versicherungsanstalten einschließlich Knappschaftskassen für Heilbehandlung an Tuberkulose Erkrankter 1 800 000 Mk. aufgewendet. In die schwere Arbeit der Bekämpfung der Tuberkulose teilte sich mit den öffentlichen staatlichen und gemeindlichen Einrichtungen noch das private Unternehmen, das Zentralkomitee zur Bekämpfung der Tuberkulose. Obgleich die Tätigkeit dieses Komitees eine außerordentlich segensbringende für das gesamte Volk darstellte und diese Tätigkeit aber auch außerordentlich hohe Summen an Mitteln erforderte, zahlte das Reich ganze 60 000 Mk. im Jahre als Zuschuß an das Zentralkomitee zur Bekämpfung der Tuberkulose; die übrigen notwendigen Mittel mußten durch freiwillige Gaben, durch Sammlungen sowie durch eine Lotterie aufgebracht werden. Es ist bezeichnend für die vergangene Regierung, daß sie überreichliche Mittel für Militarismus und Marinismus sowie für unsinnige Kolonialpolitik übrig hatte, während für die dringlichsten Aufgaben kein Geld vorhanden war.

Das Hauptaugenmerk bei der Bekämpfung der Tuberkulose ist, wie schon gesagt, weniger auf eine Einschränkung der Folge-

erscheinungen zu legen, als vielmehr auf die Vorbeugung. Dazu reichen aber meiner Auffassung nach die bis jetzt vorhandenen Mittel und Kräfte bei weitem nicht aus. Im Augenblick wird uns zwar die Erfüllung der Verpflichtungen, die uns der Friedensvertrag auferlegt, die Betätigung um das Volkswohl wesentlich erschweren, aber die drückenden Verpflichtungen dürfen nicht dazu führen, daß wir die Bekämpfung solcher die Gesundheit des ganzen Volkes gefährdenden Seuchen vernachlässigen. Das Reich muß für solche Zwecke Mittel übrig haben.

Die Preussische Medizinalverwaltung hat nun die drohende Gefahr erkannt; ihr gilt ihre Aufmerksamkeit. Die vor einiger Zeit im Ministerium für Volkswohlfahrt stattgefundene Besprechung über die Erweiterung der Tuberkulose-Fürsorge galt vornehmlich der Tuberkulosebekämpfung, und das Ergebnis war, daß den behördlichen Stellen 4 Punkte zur ganz besonderen Beachtung empfohlen wurden, unter denen ganz besonders die Punkte 1 und 4 hervorzuheben sind. Ganz besonders für die Bekämpfung durch Vorbeugung kommt in Frage die Sicherstellung ausreichender Ernährung, und da erscheint es angebracht, an dieser Stelle an die Ablieferungsspflicht zu erinnern. Es ist eine längst bekannte Tatsache, daß in dieser Beziehung mehr denn genug gesündigt wurde. Die gegenwärtigen rationierten Lebensmittel reichen nur soweit aus, als sie zur Erhaltung des Lebens notwendig sind; daß an Kräftigung des durch die Kriegseiden degenerierten Körpers nicht zu denken ist, ist jedem klar. Es ist ebenfalls bekannt, daß ein Teil der Bevölkerung nicht nur nicht hungert, sondern noch in Ueberschuß Lebensmittel hat, was nur dadurch möglich ist, daß die gesetzlichen Bestimmungen über die Ablieferungsspflicht schnöde mißachtet werden, und weil der Grundsatz, daß der Mensch den Menschen im Interesse des gesundheitlichen Volkswohls helfen muß, zu wenig Beachtung findet. Daß gerade die Arbeiterschichten am meisten heimgesucht werden von der Tuberkulose, ist durch Statistiken oft genug und einwandfrei nachgewiesen worden. Insbesondere waren es die Porzellanarbeiter, unter denen die „Porzellanerkrantheit“ geradezu wütete. Die auf dem Gebiete der Tuberkuloseforschung bekannten Ärzte Prof. Dr. Hirth, Prof. Dr. Hollitscher, Dr. Vogner und Prof. Dr. Sommerfeld haben durch jahrelange Studien der hygienischen Verhältnisse in unserem Berufe Erfahrungen gesammelt, die diese Behauptung ohne weiteres bestätigen, und unser verstorbener Freund Fritz Bietzsch hat am 11. März 1911 in eindrucksvoller Rede alle diese Erfahrungen vor dem Forum der Öffentlichkeit im Reichstag vorgetragen. Im übrigen finden wir ja die Feststellungen der obengenannten Forscher in den Statistiken über Krankheiten und Todesfälle in den alljährlich erscheinenden Jahresberichten unserer Verbandshauptkassen vollumfänglich bestätigt. Wenn unsere Berufskollegen aber schon in der Vorkriegszeit, wo doch gegenüber der Gegenwart eine immerhin bessere Ernährung möglich war, eine so hohe Erkrankungs- und Sterblichkeitsziffer an Tuberkulose aufzuweisen hatten, um wieviel mehr müssen wir gegenwärtig an dieser Statistik ungünstig beteiligt sein? Aufgabe der Organisation war es von jeher und wird es jetzt und in Zukunft in erhöhtem Maße sein, sich an der Bekämpfung der Volksseuche mitzubeteiligen. Der Verband wird überall dort, wo die sanitären Einrichtungen in den Betrieben mangelhaft sind, mit allem Nachdruck für Verbesserung eintreten; der beschrittene Weg des tariflichen Lohn- und Arbeitsverhältnisses wird weiter gegangen werden, damit den Kollegen ein Existenzminimum gesichert wird. Auch im sonstigen Arbeitsverhältnis wird der Verband alles tun, was geeignet ist, etwa vorhandene Mängel, die der Verbreitung der Tuberkulose Vorschub leisten, zu beseitigen. Die Unternehmer können sich an der Bekämpfung der Volksseuche ebenfalls wirksam mitbeteiligen, ja, sie müssen es um ihrer selbst willen.

Neben der Sicherstellung ausreichender Ernährung ist der Steuerung der Wohnungsnot, die sich gegenwärtig zu einem Elend im wahren Sinne des Wortes ausgewachsen hat, erhöhte Aufmerksamkeit zuzuwenden. Unzureichende und ungenügende Wohnungen begünstigen das Weiterumfichgreifen der Volkskrankheiten. Es ist noch so mancherlei Maßnahmen, die der Vorbeugung dienen können, zu ergreifen.

Die Tuberkulose muß vermehrt und die Kreisfürsorgestellen erweitert werden. Dazu gehören natürlich mehr Kräfte, für die dann wieder vermehrte Mittel erforderlich sind. Hohe Summen werden notwendig sein, um die notwendigen Aufgaben im Interesse des gesundheitlichen Wiederaufbaues des deutschen Volkes erfüllen zu können; zu sehr ist Raubbau getrieben worden mit der Volksgesundheit während des Krieges, und zu tief hat der Würgeengel Tuberkulose seine Krallen in den Volks-

Körper geschlagen, als daß es nicht der Zusammenfassung aller Kräfte bedürfe, um den Kampf gegen solche Gewalten wirksam führen zu können.

Ueber der Zukunft des deutschen Volkes liegen inhaftslos die zwei Worte: Verlorener Krieg! Wie ein Bleigewicht lastet auf uns die Friedensbedingungen, deren Erfüllung wir uns bis zur äußersten Grenze der Möglichkeit verpflichtet haben. Die Erfüllung dieser Verpflichtung wird mit sich bringen, daß so manche dringende Aufgabe unerfüllt bleibt. Aber zu den allerdringendsten Aufgaben gehört der Wiederaufbau der Volksgesundheit, und zur Erfüllung dieser Aufgaben müssen die erforderlichen Mittel zur Verfügung gestellt werden. Aber weder das Reich, die Staaten und die Gemeinden allein können die schwere Aufgabe lösen, noch private Kreise, sondern alle Kreise müssen in inniger Harmonie im Kampfe gegen so mächtige Gewalten sich verbinden. Hier darf nicht Stand noch Beruf, nicht Weltanschauung noch Partei eine Schranke herablassen. Nur das große Ziel vor Augen müssen alle Kräfte sich vereinigen in dem schweren Kampfe. Jede Hilfe, auch die geringste, muß willkommen sein!

Ich darf zusammenfassen: Sicherstellung ausreichender Ernährung durch restloses Genügen der Ablieferungsspflicht; durchgreifende Maßnahmen gegen Wucher- und Schiebertum, die übermäßige Verteuerung der notwendigen Lebensmittel verursachen, was einem Teil der Bevölkerung bessere Ernährung ermöglicht auf Kosten derer, die Wucherpreise nicht zahlen können; Verbesserung bestehender und Einrichtung weiterer sanitärer Einrichtungen; vermehrte Wohnungsfürsorge; Untersuchung, Ueberwachung und vorbeugende Behandlung aller Familienmitglieder an Tuberkulose Erkrankter; Vermehrung der Wohlfahrtsämter und Erweiterung der Kreisfürsorgestellen. Vermehrung der hierzu notwendigen Kräfte und Bereitstellung der hierzu erforderlichen Mittel sind die notwendigen prophylaktischen Maßnahmen, deren Durchführung im Interesse des Wiederaufbaues der Gesundheit dringend geboten ist. Und nur dann, wenn alle Kräfte zusammenwirken, können wir dem Uebel steuern. Wenn auch den älteren Volksgenossen nichts mehr zu erhoffen steht, so muß doch unsere Kinder alles getan werden, was für Volkswohlfahrt und Volksglück getan werden muß. Es ist bitterer Ernst. Seht alle, dieses große Ziel zu erreichen! Und unsere Nachkommen werden von uns sagen können, daß die große und gewaltige Aufgabe ein ebensolches Geschlecht vorgefunden hat, trotz der unsäglichen Leiden und Nöte, die es zu ertragen verurteilt war.

Gustav Meinhardt, Rahl.

Schildermaler!

Aus Köln ist hier folgende Zuschrift eingegangen:

„An unsere Berliner Kollegen! Es geht hier das Gerücht herum von einem Zusammenschluß sämtlicher Firmenschildermaler-Vereinigungen Deutschlands. Ausgangspunkt dieser Vereinigungsbestrebungen ist scheinbar Berlin. Seid Ihr hierin unterrichtet? Wie stellt Ihr Euch dazu und was gedenkt Ihr zu tun, um ein Gegengewicht zu erhalten? Nach meiner Meinung — und das ist auch die sämtlicher hiesiger Kollegen — ist eine einheitliche, geschlossene Gehilfenorganisation die beste Gegenwehr. So wie wir Schildermaler heute organisiert sind, in 3 bis 4 Verbänden, sind wir einer über ganz Deutschland organisierten, geschlossenen Arbeitgeberorganisation gegenüber vollständig machtlos, gänzlich machtlos. Die Verbände bzw. die Zahlstellen, denen unsere einzelnen Gehilfenvereinigungen örtlich getrennt angeschlossen sind, sind wohl für uns ein Rückhalt, aber nur insoweit als lokale Vereinbarungen und Interessen in Betracht kommen. Für unser gemeinsames Berufsinteresse im allgemeinen und als Werkzeug gegen die angestrebte Verbindung der Arbeitgebergemeinschaften im besonderen können diese Anschlüsse an die verschiedenen Verbände niemals ernstlich in Betracht kommen. Uns kann ein gemeinsamer Zusammenschluß sämtlicher örtlicher Schildermalergehilfen-Vereinigungen in einen Verband helfen. Wir sind als besondere Organisation zu klein, um fest auf eigenen Füßen stehen zu können, würden niemals eine starke Kampforganisation werden. Der Anschluß sämtlicher, aber auch sämtlicher deutscher Schildermalergehilfen an einen großen, verwandten Verband scheint als das Gegebene, als das einzig Richtige. Es muß ein Verband sein, der stark genug ist, unser gemeinsames Interesse zentral und wirksam zu vertreten. Wir dürften uns bei derartigen Erwägungen niemals von parteipolitischen oder sonstigen Sonderinteressen oder -wünschen leiten lassen, unsere Interessenvertretung müßte uns unbedingt als alleinige Richtlinie bei unseren Entscheidungen dienen. Eine Vereinheitlichung in unseren Organisationen wäre im Interesse unserer Erstarkung sehr zu begrüßen.“

Wir bitten um Eure Meinungsäußerung hierzu und werden alle Bestrebungen, die uns diesem Ziel näher bringen können, mit Freude begrüßen.

Mit kollegialem Gruß: Eure Kölner Kollegen.

S. A.: Willy Koerber, Köln-Ehrenfeld, Gutenbergstr. 14."

In Verfolg dieser schätzenswerten Anregung der Kölner Kollegen fordere ich sämtliche Kollegen im Reiche auf, sich zu dieser Sache eingehend baldigst zu äußern. Von hier aus wird Anschluß sämtlicher Kollegen an den Verband der Porzellanarbeiter Deutschlands, dessen Zahlstellenneh sich über das ganze Reich ausbreitet und dem die Berliner Schildermaler seit langem angehören, wärmstens empfohlen. Zuschriften sind zu richten an den Verband der Porzellanarbeiter, Abteilung Schildermaler, Berlin SO. 26, Rammstr. 85.

Artur Brauer, Branchenschritfführ. d. Schildermaler Groß-Berlins.

Die Händlerpresse als Scharfmacher.

„Die Porzellan- und Glashandlung“, das Organ des Reichsverbandes Deutscher Spezialgeschäfte (R. D. G.), dem auch die Porzellan-, Steingut- usw. -Händler angehören, wendet sich in ihrer Nr. 16 vom 17. April 1920 gegen die jüngste 50-Proz.-Erhöhung für Porzellangeschirr. Wir haben es bisher vermieden, uns in das Verhältnis der Porzellanhändler zu den Fabrikanten einzumischen. Nur soweit Angelegenheiten von allgemeinem Interesse für unseren Beruf in Frage gekommen, haben wir diese registriert, ohne uns ein eigenes Urteil dazu auszusprechen zu erlauben. Wir würden diesen Standpunkt auch heute nicht verlassen haben, wenn uns die Wahrnehmung eigener Interessen dazu nicht genötigt hätte. Die Art und die Gründe, mit denen sich das Händlerblatt gegen den neuesten Preisaufschlag wendet, verdient, soweit die Arbeiterschaft mithineingezogen wird, die schärfste Zurückweisung. Nachdem das Blatt die Behauptung aufgestellt, daß der vom „Verband Deutscher Porzellanfabriken zur Wahrung keramischer Interessen, G. m. b. H.“ beschlossene und durchgeführte Preisaufschlag in Wirklichkeit nicht 50, sondern zirka 100 Proz. beträgt, und ferner behauptet, daß ein ausreichender Grund zu einer so weitgehenden Steigerung der Verkaufspreise nicht vorgelegen habe, fährt es fort, u. a. zu sagen:

„Wohin soll es schließlich führen, wenn jede Industrie-Gruppe in dieser Weise ohne Rücksicht auf ihre Abnehmer die Preise für ihre Fabrikate erhöht, wobei ruhig zugegeben sei, daß andere Verbände, besonders der Kleineisenindustrie, mit noch höheren Preissteigerungen aufwarten, die nicht anders als mit der Bezeichnung eines schamlosen Wuchers zu belegen sind! Das ist eben die große Gefahr für unser Wirtschaftsleben und die letzte Quelle für alle diese sprunghaften Preiserhöhungen für Rohmaterialien und Fertigfabrikate, daß die Fabrikanten und ihre Verbände gegenüber der Arbeiterschaft nicht mehr genügend Widerstandskraft zeigen. Wenn man sich erinnert, wie vor dem Kriege häufig erbittert um Wienne bei Lohnerhöhungen gerungen wurde, so kann man sich des Einbruchs nicht erwehren, als wenn heute nicht nur bei der Porzellanindustrie, sondern auch in anderen Branchen das Mißlichgefühl gegenüber der Allgemeinheit und der breiten Masse der Konsumenten recht erheblich geschwunden ist. Allerdings haben wir seit der Novemberrevolution andere innerpolitische Zustände, die ihren Ausdruck in dem gewaltig gesteigerten Machtbewußtsein der Arbeiterschaft gefunden haben. Aber schließlich muß hier doch mal — gehe es auf Viegen oder Brechen — Einhalt geboten werden. Diese ewigen Lohnsteigerungen — bei der Porzellanindustrie betragen sie zuletzt bewilligten 85 Proz. — dienen dazu, das Geld noch weiter zu entwerten, ohne daß der Arbeiter auf die Dauer einen wirklichen Ausgleich für die Preissteigerungen der Lebensmittel, der Kleider, Schuhe und Schuhe hätte. Es ist der bekannte fehlerhafte Zirkel. Auch sollten sich die Arbeitgeber nicht durch die bekannten Milchmädchenrechnungen der Arbeitersekretäre und der sozialistischen Presse über die einzelnen Positionen des Existenzminimums beeinflussen lassen. Auch hier gilt das alte Sprichwort: „Mit vielem hält man Haus, mit wenig kommt man aus.“ Es gibt auch heute noch Arbeiterfamilien, die verständig und sparsam wirtschaften und sogar noch einen Notvorrat zurücklegen können. Jedenfalls muß man mit Bedauern die immer mehr hervortretende Geneigtheit der Unternehmer feststellen, sich mit ihren Arbeitern auf Kosten ihrer Abnehmer zu einigen und jede Lohnerhöhung auf den breiten Buckel der Konsumenten abzumwälzen.“

Der Verfasser dieses Scharfmacherartikels zeichnet mit Dr. G. Vermutlich ist es der verantwortliche Schriftleiter der „Porzellan- und Glashandlung“, Dr. Seymann.

Da müssen wir dem Herrn Dr. G. zunächst sagen, daß er nicht nur die Unternehmer gegen die Arbeiter scharf gemacht, sondern daß er auch bewußt geschwindelt hat. In demselben Aufsatz erzählt der Doktor, daß er sich an den Geschäftsführer des Unternehmerverbandes gewandt, um Einspruch gegen den Preisaufschlag zu erheben, und der Geschäftsführer ihm mitgeteilt habe, daß der Preisaufschlag für Rohlen usw., insbesondere die Steigerung der Löhne, die bis zu 85 Proz. betrage, dies notwendig mache. Das macht Dr. G. daraus? Er stellt schamlos die Behauptung

auf, die zuletzt bewilligte Lohnerhöhung betrage 85 Proz. Wenn wir auch überzeugt sind, daß es Doktoren gibt, die nicht zu den größten Kirchenlichtern gezählt werden können, halten wir es aber doch für ausgeschlossen, daß ein Doktor so polizeiwidrig dumm sein könnte, um nicht begreifen zu können, daß eine Lohnsteigerung bis zu 85 Proz. nicht eine 85-Proz.-Steigerung sei. Diesen bewußten Schwindel hat der Herr Dr. dann eben in die Welt gesetzt, weil er glaubte, ihn für seine Zwecke brauchen zu können. Bekanntlich bewegt sich die jüngste Lohnsteigerung in den Grenzen von 25 Proz. bis im Höchstfalle 85 Proz.

Zu den Konsequenzenmachern scheint der Herr Dr. auch nicht zu gehören. Nachdem er im Eingang seines Artikels den Fabrikanten zugerufen, sie sollen das Sprichwort beherzigen: „Leben und leben lassen“, beklagt er wenige Zeilen weiter die „ewigen Lohnsteigerungen“. Oder meint er, daß nur die Fabrikanten und Händler leben sollen, bei den Arbeitern sei das nicht notwendig?

Die Berechnungen über das Existenzminimum nennt der Herr Dr. hochnüssig „Milchmädchenrechnungen“. Das sagt derselbe Herr Dr., der die schwierigsten volkswirtschaftlichen Probleme glaubt mit einigen Sprüchlein aus der Kinderfibel lösen zu können. Ja, „mit vielem hält man Haus, mit wenig kommt man aus“, das scheint ein besonderer nationalökonomischer Fundamentalsatz des Herrn Dr. zu sein. Natürlich gehört der Herr Dr. mit zu denen, die „haushalten“ müssen; zu denen, die „aushalten“ müssen, gehören nur die Arbeiter. Vor einigen Tagen stand eine Notiz in der Presse, wonach die oberen Beamten einer Stadt im Ruhrrevier Gehaltserhöhungen vom Magistrat forderten. Die Forderungen betrugen ein Jahresgehalt von 49 000,— bis 55 000,— Mark. Das waren Pfarrer, Oberlehrer usw., natürlich auch darunter Doktoren, die aber nicht so grundgescheit sein können, wie der Herr Dr. G., denn sonst müßten diese wissen, daß ihnen die Gehaltserhöhung nichts nützt, weil dadurch nur das Geld weiter entwertet wird. Oder sollte die Geldentwertung nur dann eintreten, wenn die Arbeiterlöhne steigen? Solange der gelehrte Herr Dr. kein Mittel angeben kann, wie den wahnsinnigen Preissteigerungen für alle Lebens-, Genuß- und Bedarfsartikel Einhalt geboten werden kann, werden auch die „ewigen“ Lohnsteigerungen nicht aufhören können. Um das begreifen zu lernen, dürfte nicht allzuviel Gehirnschmalz erforderlich machen. Wenn wir auch nicht annehmen, daß die Fabrikanten dem Geschreibsel des Herrn Dr. G. irgendwelchen Wert beimessen, sich insbesondere nicht verleiten lassen, seinen Scharfmachereien nachzugeben, so möchten wir aber doch dem Herrn Dr. raten, wenn er schon in Arbeiterfragen mitreden will, sich erst auf den Hosenboden zu setzen und noch etwas hinzuzulernen.

Zur Beitragsfrage.

Unser Blatt brachte in der Nummer 18 einen Artikel des Kollegen Otto Kretschmann betreffs Erhöhung der Beiträge. Ich glaube nicht fehlzugehen, wenn ich annehme, daß sich schon mehrere Kollegen darüber den Kopf zerbrochen haben, wie die Sache zu regeln ist. Jedem einsichtigen Gewerkschaftler ist es klar, daß es, wie bisher, nicht weitergehen kann. Die heutigen Unterstüßungssätze bei Streiks und Aussperrungen genügen bei weitem nicht mehr. Selbstverständlich kann keine Organisation bei Streiks den ausfallenden Lohn zahlen, aber es muß wenigstens soviel geben, unsere Kollegen vor der bittersten Not zu schützen. Die Unternehmerorganisationen haben einen Fonds gegründet, der Millionen beträgt, um sich gegen Streiks zu schützen. Die Zeiten werden kommen, wo die Arbeiter erbitterte Kämpfe führen müssen, um ihre Forderungen durchzudrücken. Es ist daher dringend notwendig, sobald wie möglich dafür zu sorgen, daß unser Verband so ausgebaut wird, eventuellen Stürmen standzuhalten. Nun ist es eine bekannte Tatsache, wenn eine Beitragserhöhung stattfinden soll, daß der Unwille sehr groß wird. Aber man darf sich dadurch nicht beirren lassen. Gewiß ist der Verdienst auch heute noch lange nicht so, daß er dem Arbeiter ein sorgenloses Dasein bietet. Ich behaupte, daß er nach dem heutigen Stand unserer Wäsluta noch schlechter ist, wie vor dem Kriege. Aber die Zeiten, wo unsere Kollegen ein sorgenloses Leben führen können, sind noch in sehr, sehr weiter Ferne. Sollten wir sie aber je bekommen, so haben wir keine Kampforganisation mehr nötig und können uns lediglich mit Berufsfragen beschäftigen. Die heutigen Beitragsätze entsprechen in keiner Weise mehr dem jetzigen Verdienste. Darum ist es dringend notwendig, hier eine durchgreifende Aenderung zu schaffen. Eine doppelte Beitragserhöhung, wie Kollege Kretschmann vorschlägt, scheint mir heute auch nicht zu genügen. Es wird über kurz oder lang wieder eine Erhöhung stattfinden müssen. Den Stundenlöhnen anpassen, wäre schon das richtigere. Aber auch hier gibt es noch zu große Schwankungen. Das beste wäre,

wie bisher, einen bestimmten Wochenverdienst festsetzen. Ich schlage folgendes vor: Der jetzige wöchentliche Durchschnittsverdienst, wie im § 5, Abschnitt 1 unseres neuen Statuts angegeben ist, beträgt 30 M.: Beitrag 80 Pf., Lokalfonds 10 Pf. Hier müßte es heißen: 100 M. Verdienst. Beitrag 2,40 M., Lokalfonds 30 Pf. Stufe 2: Verdienst statt 65 M. 195—200 M. Beitrag 3,30 M., Lokalfonds 30 Pf. Stufe 3: Verdienst statt über 65 M. über 200 M. Beitrag 4,20 M., Lokalfonds 30 Pf. Für die Jugendlichen kann der Satz bestehen bleiben, oder eine Erhöhung von 25 Pf. vornehmen. Aber dies wäre unwesentlich. Vielleicht müßte man noch eine oder zwei Stufen beifügen, z. B. von 100—150 M. und unter 50 M. Ich habe bei der Aufstellung den dreifachen Beitragsatz zugrunde gelegt, obwohl der bei den meisten Fällen den heutigen Stundenlohn nicht erreicht. So z. B. der höchste Satz von 4,20 M. und 30 Pf. Lokalbeitrag. Die Kollegen in der höchsten Klasse verdienen meist über 5—6 M. die Stunde. Ueber eine zu große Forderung kann nicht geklagt werden, da sich in früheren Zeiten der Beitrag in der Regel auf doppelten Stundenlohn belief. Die Gewährung der Streit- und Arbeitslosenunterstützung würde somit auch den dreifachen heutigen Satz ausmachen, so daß in Zukunft in der höchsten Stufe der Satz von 24 M. auf 72 M. und von 30 auf 90 M. zu stehen käme. In dieser Weise würde es bei einem Kampfe möglich sein, die Kollegen vor dem Schlimmsten zu bewahren. Um die Kasse nun kampfkraftig zu erhalten, würde ich davon Abstand nehmen, die übrigen Unterstützungen, wie Sterbe-, Kranken-, Reiseunterstützung usw. zu erhöhen, im äußersten Falle aber nur um das Doppelte. Auch zu dem Lokalfonds wäre noch einiges zu sagen. Die 10 Pf. pro Mitglied genügen schon lange nicht mehr infolge der erhöhten Unkosten, wie Porto, Straßenbahn usw. Wie oft kommt es heute vor, daß von irgendeinem Kollegen eine Notstandsunterstützung beansprucht wird. Wenn man früher einem Kollegen 10, 20 oder im Höchstfalle 30 M. gewährte, so kann man bei den jetzigen Zeiten einen Kollegen, der sich jahrelang für den Verband aufgeopfert hat, nicht gut mit ein paar Mark absinden. Die Kollegen, die der Verwaltung angehören und die Notlage des Antragstellers kennen, sind bei dem besten Willen nicht in der Lage, demselben einigermaßen zu helfen, weil eben die Mittel fehlen. Es wäre dann auch nach meiner Aufstellung pro Mitglied ein Lokalbeitrag von 30 Pf. schon eine wesentliche Besserung, und vielleicht wäre der Hauptvorstand in der Lage, die 30 Pf. auf 50 Pf. zu erhöhen. Die einzelnen Jahrsstellen bekämen hierdurch mehr Bewegungsfreiheit und könnten auch etwas mehr unternehmen. Ich überlasse nun meinen Vorschlag den Kollegen. Möchte aber bitten, nicht unter die angegebenen Sätze zu gehen, eher noch etwas höher, um, mit Kollegen Kretschmann zu sprechen, Geld und nochmals Geld zu beschaffen. Ohne dieses kommen wir nicht aus. Die Pfennigsklauberei ist ein unwürdiger Zustand. Vielleicht werden manche Kollegen unwillig den Kopf schütteln; aber Einsicht und guter Wille werden zulezt siegen.

Alfred Krebs, Berlin.

Die vom Kollegen Kretschmann angeschnittene Frage einer Beitragserhöhung ist vollauf berechtigt, in den Spalten der „Ameise“ erörtert zu werden. Auch ich stimme dem Kollegen Kretschmann zu, daß unsere Beiträge zweifellos erhöht werden müssen, und zwar auf das Doppelte des heutigen Standes. Ebenso unhaltbar sind die jetzigen Verdienstgrenzen. Es gibt bald nur noch eine Beitragsstufe, und zwar die höchste. Dieser Zustand ist unhaltbar, daß der niedrige Verdienner daselbe zahlen muß, wie der höchste (obwohl er auch dafür dieselben Rechte genießt). Unsere vorige Generalversammlung hat bei Festlegung der Beiträge den damaligen Zeitverhältnissen Rechnung getragen. Wir waren wohl alle der Meinung, daß wir mit diesen Beitrags- und Unterstützungsätzen auskommen würden. Aber unser Wirtschaftsleben hat sich seit jener Zeit gewaltig verschoben. Eine Preiserhöhung folgte der anderen, und es ist noch nicht abzusehen, wann endlich ein Stillstand eintreten wird in dieser Preistreiberei, wenn auch einige Zeichen dafür sprechen, daß wir einer Besserung entgegengehen. Naturgemäß liegen auch unsere Löhne und pachten sich einigermaßen den Verhältnissen an. Nun können wir aber nicht mit unseren Beitrags- und Unterstützungsätzen automatisch folgen und anders sein. Unsere neuen Unterstützungsätze treten erst mit dem 1. Juli d. J. in Kraft, und wir müssen erst Unterlagen gewinnen, um zu sehen, wie dieselben auf unsere Verbandskasse wirken werden. Um nun zu verhüten, daß sich unsere Finanzlage ver schlechert durch die enorm gestiegenen Verwaltungskosten, Papier- und Druckkosten, Porto, Gehaltszulagen usw., empfehle ich den Kollegen, den Hauptvorstand zu ermächtigen, in allen Fällen einen Extrabeitrag zu erheben in Höhe von 20—30 Pf. Diese Mittel würden genügen, um Zeit zu gewinnen zu einer eventuell einzuberufenden außerordentlichen Generalversammlung, die

die Umgestaltung der Beitrags- und Unterstützungsätze vornehmen hätte.

Kollegen! Tretet nun überall ein in die Diskussion über die dringende Frage und sorgt dafür, daß dem Verband die Mittel zugeführt werden, die er unbedingt gebraucht, um unsere Interessen nach jeder Richtung hin vertreten zu können.

Paul Kirche, Magdeburg.

Zehn Gebote für einen Gewerkschaftler.

Du sollst dich bemühen, den Zweck deines Verbandes und seiner Tätigkeit ganz kennen zu lernen — weil du sonst ein Nüchternläufer bist, der nicht viel wert ist.

Du sollst darum dein Verbandsorgan genauer lesen, die Romane in der Zeitung und viele Zeitungsnachrichten, die überflüssiger Ballast für deinen Kopf sind — damit du weißt, was in deinem Berufe vorgeht und in der Gewerkschaftsbewegung geleistet wird.

Du sollst satzungsgemäß und pünktlich deinen Verbandsbeitrag zahlen — damit der Vertrauensmann sich nicht deinetwegen verärgert zurückzieht und dem Vorstand damit neue Sorgen macht. Du weißt doch, warum der Beitrag gezahlt werden muß, und daß er sich gut verzinst.

Du sollst als Vertrauensperson im Betriebe durch kollegiales Verhalten die notwendige Einigkeit fördern, rechtzeitig den Beitrag einsammeln und die Verbandszeitung verteilen, die Rechte der Mitglieder verteidigen helfen, den Vorstand von allen wichtigen erscheinenden Vorkommnissen im Betriebe und im gewerkschaftlichen Leben sofort unterrichten und stets durch ein gutes Beispiel das Ansehen des Verbandes mehren.

Du sollst als Verbandsmitglied in keiner Sitzung und Versammlung ohne ganz dringenden Grund fehlen, die Mitglieder und Vertrauensleute mit Rat und Tat unterstützen, die Mängel aufklären und zur Mitarbeit zwingen, dich stets um die ordnungsmäßige Durchführung der Arbeitsbedingungen gemeinsam mit den Vertrauenspersonen in erster Linie kümmern und alle Beschwerden und Wünsche möglichst umgehend im Vorstand zur Sprache bringen, damit zur sachgemäßen Erledigung bringen — weil sonst die Mitglieder kein Vertrauen mehr zu dir haben und den Verband durch deine Nachlässigkeit verantwortlich machen.

Du sollst jedes Amt, das dir durch das Vertrauen der Kollegschaft übertragen wurde, gewissenhaft verwalten und der Verbandsleitung dich eng verbunden fühlen, nicht die Stimmung verärgert ins Korn werfen, wenn einmal etwas nicht nach deinem Willen geht — denn du hast dem Ganzen zu dienen.

Du sollst schriftstellerische Talente ausnützen durch Einsendung von Mitteilungen, Erfahrungen und Anregungen an die Verbandszeitung, dich immer kurz und klar ausdrücken und nicht kindisch verärgert in der Ecke stehen, wenn nicht alles, so wie du es geschrieben hast, in der Zeitung erscheint oder überhaupt nicht verwendet werden kann.

Du sollst bestrebt sein, laufend über die Ausgestaltung der Arbeitsbedingungen das Nötige zu wissen und dann Auskunft darüber geben, sowie im Notfalle den Meister oder Arbeitgeber an seine Pflicht erinnern — denn auf diese Weise kannst du Gutes tun und dem Verbands wirksam bei der Durchführung seiner Aufgaben helfen.

Du sollst lieber in die Verbandsversammlung gehen, als zu allen möglichen sonstigen Veranstaltungen, weil in der Verbandsversammlung für dich wichtige Angelegenheiten besprochen und geregelt werden, so daß du einen Nutzen davon hast, während in anderen Versammlungen oft gerade das Gegenteil der Fall ist.

Du sollst die obigen Mahnungen nicht nur lesen und gleich wieder vergessen, sondern den ernststen Vorsatz fassen, künftig zu beherzigen, damit du dich als ganzer Gewerkschaftler sehen lassen kannst.

(„Der Fachgenosse.“)

Aus unserem Berufe.

Düsseldorf. Warnung für Arbeitzunahme nach Düsseldorf. Mit diesem Aufruf warnen wir sämtliche Kollegen der Figurenbranche (Gipsgießer, Figuristen und Figurenmaler) vor Arbeitzunahme auch hier, da hier ernste Differenzen ausgebrochen sind. Man wende sich vorerst an die Ortsverwaltung: Vorsitzender Herr Heesen, Düsseldorf, Gerresheimerstr. 82, oder Kassierer Herr Schäfer, Düsseldorf, Talstr. 93 II.

Meißen. Der Dresdener „Vollzeitung“ entnehmen nachstehende Notiz:

Vor einigen Tagen veröffentlichte der neue sächsische Finanzminister Dr. Reinhold sein Programm, das unter anderem auch die möglichste Umgestaltung der staatlichen Betriebe zu

Unternehmungen nach Art von Aktiengesellschaften vorsah. erwähnte dabei besonders die Meißner Porzellanmanufaktur. In demselben Sinne hat sich nun auch der neue Direktor der Manufaktur, Pfeiffer, gegenüber der Presse ausgesprochen. Auch wünschte ein freieres Arbeiten, ohne Bindung an den Staatshaltplan. Wir sind, so erklärte er, schon heute einer der wirtschaftlich besten Betriebe, die Deutschland überhaupt hat. Die Kosten sämtlicher Rohstoffe, einschließlich der Kohlen, machen etwa den zehnten Teil des Verkaufswertes der fertigen Ware aus. Das ist ein so günstiges Verhältnis, das vielleicht nur wenige Papierfabriken, Anilinfabriken oder Zellulosefabriken übertreffen. Darum ist es vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aus das Vernünftigste, uns so viel Kohlen zu geben, wie nur irgend möglich. Leider hatten wir nur etwa die Hälfte unseres Bedarfs. Vom Januar bis Juni 1919 konnten wir überhaupt nicht brennen lassen. Gute Sparnisse erhofft Direktor Pfeiffer von der Gasheizung, die eingebaut wird. Außerdem wird die Manufaktur dadurch unabhängig von der böhmischen Braunkohle, auf die sie bis jetzt ganz und gar angewiesen war. Es kann nun mit sächsischer Kohle geheizt werden. Die Manufaktur arbeitet sehr stark für das Ausland, jedoch ist der tatsächliche Transport viel größer als der sichtbare, da große Mengen Porzellan durch zweite Hand ins Ausland gehen. Die Manufaktur hat in Nordamerika in Verbindung mit einer dortigen Firma eine Gesellschaft gegründet, um drüben den Fuß zu fassen. Es ist die „Royal Dresden Porcelain Co. America“ mit dem Sitz in New York. Das Wort „Royal“ ist in Rücksicht stehen geblieben, trotz den veränderten Verhältnissen, da das Ausland es unbedingt so haben will. Seit über 2 Jahrhunderten kennt das Ausland die Meißner Erzeugnisse als „Königliches“ Meißner Porzellan. Vom kaufmännischen Standpunkt aus ist es eine Unmöglichkeit, auf dieses Wort, das für uns nichts anderes ist, als eine Warenmarke, zu verzichten. Auch in Südamerika ist eine ähnliche Gesellschaft entstanden, hat jedoch noch den Namen erhalten. Ihr Hauptsitz wird Buenos Aires sein. Auch in der Schweiz ist ein Musterlager eingerichtet worden, um in die von dort aus zugänglichen Länder Einlaß zu geben. Es sollen alle Arten Porzellan ausgeführt werden: Gebrauchsporzellan, Figürliches und Porzellan für chemische Zwecke, aber nur Qualitätsarbeit. Denn das, schloß Direktor Pfeiffer seine Erklärungen, ist das Geheimnis allen Erfolges: Wenn wir in unserer Wirtschaft wieder in die Höhe kommen, dann ist es klar, daß wir vor allem die Qualitätsarbeit fördern müssen.

Mettlach. Ueber eine Versammlung, die wohl zu dem Zweck berufen war, die Mettlacher Steingutarbeiter vor der Gefahr der sozialistischen Verführung zu bewahren, berichtet die Saarländer „Volksstimme“:

„Dem Toranschlag und Zeitungsbelanntmachungen folgend, sammelten sich am 16. April, nachmittags, die Arbeiter und Bewohner von Mettlach-Reudingen auf dem Pavillon, um dem Vortrag des Feinkeramikers Herrn Bed, mit dem französischen Namen „Jean“, obwohl geborener Mettlacher, über das Thema „Die Leipziger Messe und das Ausland“ anzuhören. Statt aber das Neues und Wissenswertes zu erzählen, schweiften Herr Jean und Johann Bed ständig von dem Thema ab, um sich auf politischem Gebiet zu ergehen. So wünschte er u. a. die, wie er sagte, schon achtziger Jahre und besonders die Monarchie und indirekt den Reichstagsentwurf wieder herbei. Seinem reaktionären Vortrage machte dieser Zentrumsanhänger Luft, indem er das Verhalten des Grafen Arco in München als eine sehr große Geldendeckung des Verbrecher selbst als eine „Leuchte deutscher Jugend“ bezeichnet. Wir organisierten Arbeiter waren in unseren Erwartungen durch diesen Vortrag keineswegs getäuscht, weil wir noch recht gut wußten, unter welchen Umständen Herr Bed seine Heimat verlassen mußte und warum er jetzt derart zur Arbeiterschaft sprechen kam. Aber ebenso groß, wie für uns Arbeiter die Enttäuschung war, so wurde sie es auch für Herrn Bed und verschiedene andere. Bei Beendigung des Vortrages wurde ihm die gebührende Anteilnahme zuteil. In kurzen kernigen Worten widerlegte ihm der Obmann Junges seine Weisheiten so gründlich, daß er uns wohl so nicht mehr mit seinen feinkeramisch-politischen Erzählungen belästigen wird. Die wenigen Worte des Obmannes Junges waren weit lehrreicher und wertvoller gegenüber dem in einer Rede von dem Feinkeramiker Gesagten. Es sprach noch Genosse Berthold, ebenfalls sehr kurz und sachlich, um an Hand von Beispielen die Rentabilität vieler Steingutfabriken nachzuweisen, gegen Herrn Bed uns die Zukunft gruselig vorgemalt hatte. Wahrscheinlich findet er die heutigen Löhne der Arbeiter schon zu hoch oder er will, wenn nicht gerade auf Preissenkung, so doch weitere

ren Lohnerhöhungen vorbeugend entgegenwirken. Die versuchte Chloroformierung der Massen ist hier zwecklos. Weiteren Diskussionen wurde das Sprechen unmöglich gemacht, indem man nach dem von den Arbeitern Gehörten eilig die Versammlung schloß.“

Gewerkschaftliches.

Beitragssteigerung im Lederarbeiterverband.

Durch Urabstimmung ist im Lederarbeiterverband eine Erhöhung der Verbandsbeiträge vorgenommen worden. In der Beitragsstufe für die Frauen und Jugendlichen wurde der Beitrag von 60 Pf. auf 1 Mk. die Woche, in der Beitragsstufe 2 von 90 Pf. auf 1,70 Mk., in der Beitragsstufe 3 von 120 Pf. auf 2 Mk. erhöht. Als Gegenleistung für die Beitragssteigerung, die in der Hauptsache der Stärkung der Hauptklasse dienen soll, wurde die Streikunterstützung in der 1. Beitragsstufe für die Frauen und Jugendlichen der Beitragssteigerung entsprechend erhöht. In der zweiten und dritten Beitragsstufe, für die erwachsenen männlichen Mitglieder, wurde die Streikunterstützung verdoppelt. Der erhöhte Beitrag trat mit dem 1. April in Kraft. Der Verband zählte am Schlusse des Jahres 1919 33 312 Mitglieder. Davon beteiligten sich an der Urabstimmung 17 273 Mitglieder. Mit „Ja“ stimmten 14 066 Mitglieder, mit „Nein“ stimmten 3081 Mitglieder und 126 Stimmen waren ungültig. Von der Gesamtmitgliedszahl haben sich also rund 52 Prozent an der Urabstimmung beteiligt. Von den abstimmenden Mitgliedern stimmten 81,4 Proz. mit „Ja“ und 17,8 Proz. mit „Nein“.

Vermischtes.

An die Kriegsverversicherten der Volksfürsorge richtet der Vorstand nochmals die dringende Aufforderung, alle Ansprüche an den Kriegsereservefonds bis zum 17. Mai und solche an die Kriegsverversicherungskasse bis zum 17. Juni bei der Hauptgeschäftsstelle der Volksfürsorge, Hamburg 5, zu melden. Spätere Meldungen müssen unberücksichtigt bleiben. Die Korporativteilnehmer (Genossenschaften und Gewerkschaften) haben dementsprechend ihre Maßnahmen zu treffen. Für vermißt erklärte gelten dieselben Fristen und müssen die Ansprucherhebenden von den Behörden, wo die Verlustlisten ausliegen, eine Bescheinigung fordern, daß der Betreffende als vermißt in der amtlichen Verlustliste steht und diese mit den übrigen Papieren der Volksfürsorge einsenden.

Arbeitsordnung und Betriebsrätegesetz. Nach § 80 Abs. 3 des Betriebsrätegesetzes ist binnen drei Monaten nach dem Inkrafttreten dieses Gesetzes eine neue Arbeitsordnung zu erlassen, wenn die geltende Arbeitsordnung vor dem 1. Januar 1919 erlassen worden ist. Danach müßte also in allen diesen Fällen bis zum 9. Mai 1920 eine neue Arbeitsordnung erlassen werden. Nun beabsichtigt aber das Reichsarbeitsministerium ein Muster für eine Arbeitsordnung zu entwerfen und zur allgemeinen Anwendung zu empfehlen. Dazu sind eingehende Vorarbeiten notwendig; besonders müssen die Verbände der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer gehört werden. Es besteht deshalb die Absicht, durch eine Änderung des § 80 die Frist bis zum 1. September 1920 hinauszuschieben. Ein entsprechender Gesetzesentwurf soll, wenn irgend möglich, noch von der Nationalversammlung erledigt werden. Es würde dann also erst bis zum 1. September 1920 eine neue Arbeitsordnung erlassen werden müssen.

Erfahrungen im Schlichtungsausschuß. Nach Anzeichen der Besserungen zeigt es sich, daß durch die fortschreitende Entwertung des Geldes die sozialen Kämpfe immer mehr neue Nahrung erhalten. Tarifliche Vereinbarungen, die heute unter Zugeständnissen von Seiten der Arbeitgeber und Arbeitnehmer in den langwierigen Verhandlungen zustande kommen, werden in kurzem durch die Entwidlung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse überholt und von neuem muß man sich an den Verhandlungstisch setzen.

Im Schlichtungsausschuß Groß-Berlin, vor dem im Jahre 1919 über 21 000 Beschwerden zur Verhandlung standen, ist man bemüht, diesen Anforderungen in jeder Weise gerecht zu werden.

Bei der Bedeutung, die alle diese Fragen für die Allgemeinheit haben, erscheint es angebracht, auf das seit Juli 1919 erscheinende Mitteilungsblatt des Groß-Berliner Schlichtungsausschusses hinzuweisen, das an Interessenten zum Selbstkostenpreis abgegeben wird. Bestellungen nehmen alle Postanstalten sowie die Presse-Abteilung des Schlichtungsausschusses Groß-Berlin, Berlin Norden 4, Schlegelstr. 2, entgegen.

Niederkunft und Krankenkasse. Ist der Arbeitgeber verpflichtet, eine ihrer Niederkunft entgegenstehende, beurlaubte Ar-

weiterin bei der Krankenkasse abzumelden? Eine Krankenkasse hatte einer Arbeiterin Kranken- und Entbindungskosten gezahlt. Später erfuhr die Kasse, daß die Arbeiterin schon seit einiger Zeit gar nicht mehr gegen Lohn in ihrer früheren Arbeitsstätte tätig gewesen sei. Die Krankenkasse nahm infolgedessen an, der Arbeitgeber habe die Beiträge lediglich deshalb weiter entrichtet, um der Arbeiterin die Ansprüche gegen die Kasse zu erhalten. Infolgedessen klagte die Krankenkasse gegen den Unternehmer auf Erstattung der an die Arbeiterin gezahlten Beträge. Der Arbeitgeber — so meinte die Krankenkasse — wäre verpflichtet gewesen, die Arbeiterin sofort beim Verlassen der Arbeit abzumelden.

Das Landgericht Leipzig hat die Klage der Kasse abgewiesen. Der Beklagte hat geltend gemacht, die Arbeiterin habe mit Rücksicht auf ihre Beschwerden die Arbeit vorläufig eingestellt, sie sei aber nicht aus dem Arbeitsverhältnis ausgeschieden. — Dagegen läßt sich nichts sagen. Es darf als die Regel angenommen werden, daß eine Frau sich in Fällen dieser Art der Arbeit fernhält. Würde man darin stets eine Aufgabe des Arbeitsverhältnisses erblicken, so würde die Folge sein, daß die Versicherte von ihrem Arbeitgeber aus der Krankenversicherung abgemeldet werden müßte, was häufig den Verlust ihrer Ansprüche auf Wochen- und Entbindungskosten bedeuten würde. Das ist nicht der Wille des Gesetzes. Daß im vorliegenden Falle die Beurlaubung der Arbeiterin zwei Monate dauerte, hat nichts zu besagen, zumal das gesetzliche Wochengeld ja allein 57 Tage, also fast zwei Monate lang gewährt wird. (Landgericht Leipzig, 6. Dz. 224/19.)

Lehrlingszüchtereier und Arbeitslosigkeit. Nach einer vom Zentralverbande der Bäcker und Konditoren veranstalteten statistischen Erhebung gibt es in 28 000 Bäckereien 19 000 Gehilfen und 21 000 Lehrlinge. Bei solchem Mißverhältnis ist es nicht verwunderlich, wenn nach Feststellungen des „Reichsarbeitsblattes“ im September 1919 12 000 Bäcker und Konditoren arbeitslos waren, denn auch die Konditoren weisen dieselbe Lehrlingszüchtereier auf. In Württemberg kamen auf 100 Konditorengehilfen sogar 305 Lehrlinge. Diese Zahlen zeigen uns, wie wichtig Tarifabmachungen bezüglich des Lehrlingswesens zur Vermeidung der Arbeitslosigkeit sind.

Das versicherte Volk. Schweden hat ein Gesetz, nach dem alle Männer und Frauen, die nicht einer anderen Pensionsklasse angehören, von Amts wegen zu versichern sind. Ein Recht auf Pension haben alle dauernd Invaliden und die Personen über 67 Jahre. Die Beiträge, die 3—13 Kronen betragen, sind vom 18. bis 66. Lebensjahre von allen arbeitsfähigen Personen zugleich mit den anderen Steuern zu entrichten. Die jährliche Pension beträgt für Männer 30 Proz. und für Frauen 24 Proz. der Gesamtsumme der eingezahlten Pensionsbeiträge. Dazu kommt aus allgemeinen Mitteln ein Zuschuß für die dauernd Arbeitsunfähigen und die Männer mit weniger als 300 und die Frauen mit weniger als 280 Kronen. Nach dem Jahresbericht, den diese allgemeine Pensionsversicherung jetzt für das Jahr 1918 herausgegeben hat, betrug die Zahl der in die Personallisten eingetragenen Personen 1918 etwa 3½ Million, davon waren 1 700 000 Männer und 1 800 000 Frauen. Im Jahre 1918 bezogen 27 000 Personen eine Pension.

Lohn und Kultur. Aus einer Arbeit von Laquer über den Einfluß der sozialen Lage auf den Alkohol ergibt sich ein interessantes Verhältnis zwischen dem Alkoholverbrauch und den Löhnen in den verschiedenen Ländern. Je geringer die Löhne, um so größer der Alkoholverbrauch. Zugrunde liegen die Löhne, die vor Ausbruch des Krieges in den verschiedenen Ländern gezahlt wurden. Danach zahlte man in Frankreich in den Vereinigten Staaten 3920, England 2599, Frankreich 2323 und Deutschland 1411. Wegen des geringsten Lohnes war die Aufwendung des Arbeiters für Alkohol am größten in Deutschland mit 5,1 Frks., dann kommt Frankreich mit 4,7, England mit 4,4 und Amerika mit 3,7 Frks. Wenn die Löhne eben gar keine Kulturgenüsse ermöglichen, dann bleibt der Alkohol der einzige Tröster. Die Zahlen geben uns einen interessanten Einblick in die Zusammenhänge zwischen Lohn und Kultur.

Versammlungsberichte.

Der zweite Satz des Tagesordnungs. Zu dem Versammlungsbericht in Nr. 19 der „Arbeiter-Zeitung“ macht sich folgende Richtungsstellung erforderlich: Der zweite Satz des Tagesordnungs muß lauten: „Er gedachte dabei weniger an die Aufgaben, die ihm mehr entfielen, als an die Interessen der Arbeiter.“

Am Schluß der gleichen Seite muß es nach dem Satz „In acht Stunden wird mehr geleistet als in 10 Stunden.“ heißen: „In der Streikzeit wird mehr geleistet als in 10 Stunden.“ Die Statistik beweist, daß auch im Bergbau die auf den einzelnen Arbeiter pro Stunde entfallende Leistung über 90 Proz. der Friedensleistung beträgt.“

Brattenborg. Die am 18. April stattgefundene Zahlstellersammlung erfreute sich eines sehr guten Besuches. Der Vorsitzende begrüßte die Mitglieder aufs herzlichste und sprach für das reiche Erscheinen seinen Dank aus. — Folgende Punkte standen der Tagesordnung: 1. Quartalsabschluss für das erste Viertel. 2. Bericht der Revision. 3. Die neuen Durchschnittslöhne. 4. Maifeier. 5. Verschiedenes.

Zu Punkt 1 verlas Kassierer Luther den Paffenabschluss war eine Einnahme in der Hauptkasse von 3763,40 Mk.; dieser eine Ausgabe von 2867,73 Mk. gegenüber. In der Lokalkasse eine Einnahme von 874,27 Mk.; dieser stand eine Ausgabe von 700,00 Mk. gegenüber. — Punkt 2. Der Revisor Otto führte an, daß den beiden Revisionen Kasse und Bücher in Ordnung befunden seien. Hierauf wurde der Kassierer entlastet. — Punkt 3: Durchschnittslöhne. Der Vorsitzende gab die Durchschnittslöhne bekannt, die vom Arbeiterausschuß Kloster-Weilsdorf festgesetzt wurden. Hierüber entspann sich eine rege Diskussion, da namentlich jüngeren Arbeiter schlecht abgeschnitten haben. Unser Vorschlag beim nächsten Tarif dafür sorgen, daß für die Jungen von 14 bis 16 Jahren die Löhne tariflich festgesetzt werden. Punkt 4: Maifeier. Es wurde beschlossen, den 1. Mai feierlich begehen, und dazu wurde unserem Gauleiter Hoffmann das Wort übertragen. Der Demonstrationszug geht von Wiberich nach unten zum Gasthaus Engenau, woselbst Tanzvergnügen stattfinden soll. — Unter „Verschiedenes“ wurde gerügt, daß bis jetzt noch Antrag in bezug auf Verbesserung der gesundheitlichen Einrichtung von Seiten der Direktion in die Tat umgesetzt wurde. Betreffs richtung einer Massemaschine in der Stanzerei soll erst eine Kommission nach Weilsdorf gehen, um sich diese neue Einrichtung anzusehen und zu prüfen, ob sie sich auch bewährt.

Hierauf ergriff Genosse Luther das Wort, schilderte das Versicherungswesen mit der Begründung, daß für unsere Arbeiter nur die „Volkssicherung“ in Frage kommt; sie sei auf sozialer Grundlage aufgebaut und befände sich nicht in den Händen des Kapitalismus. Auch auf die Märztagung kam er zu sprechen und legte es Kollegen ans Herz, geschlossen zusammenzuhalten; denn nur durch geschlossene Zusammenhalten der Arbeiterschaft und der Gewerkschaft war es möglich, den deutschen Nationalen räuberischen Putz zum Vorschein zu bringen. Hierauf Schluß der Versammlung.

Hermesdorf (S.-A.). Betriebsversammlung vom 9. April. Vorsitzende eröffnet die Versammlung mit folgender Tagesordnung: 1. Bericht des Gauleiters Hoffmann über die Verhandlungen mit der Direktion. 2. Das neue Lohnabkommen ab 1. April 1920. 3. Verschiedenes.

Zu Punkt 1 ergreift Gauleiter Hoffmann das Wort und ausführlichen Bericht über die Verhandlungen mit der Direktion bezugnehmend auf den Betriebsrat. Die Verhandlungen sind zum großen Teil zu unseren Gunsten entschieden worden bis auf ein einzelnes, dem Schiedsgericht übergeben werden soll. Als Erstes ist die und Kartoffelzulage behandelt worden. Hier steht der Unternehmer auf dem Standpunkt, daß selbige schon im neuen Lohnabkommen enthalten sei. Dem Vorschlag des Gauleiters Hoffmann, Herr Direktor möchte dann seinen Arbeitern eine freiwillige Feuerungsgeldgewährung, wurde vom Vertreter des Unternehmerverbandes widersprochen. Betreffs der Wirtschaftsbeihilfe vom vorigen Jahre kommen wir die unverfügbaren Arbeitswochen ausbezahlt, soweit noch nicht geschehen ist. Mit den entlassenen Frauen ist eine Vereinbarung getroffen worden, da selbige die Wirtschaftsbeihilfe noch nicht erhalten haben. Es erhalten demnach die Frauen, die 5 Jahre im Betriebe waren, 2 Wochen voll ausbezahlt, 2 bis 5 Jahre 1½ Woche, ½ bis 2 Jahre 1 Woche. Die Frauen, welche nach dem 1. Juli in den Betrieb eingetreten sind, erhalten nichts. Gauleiter Hoffmann streift kurz die einzelnen Paragraphen im Lohnabkommen ab, die jeder Kollege und jede Kollegin kennen muß, wenn sie keinen Schaden erleiden wollen. Deshalb heißt es immer wieder: Arbeiter und Arbeiterinnen! lest die Tarife genau durch. Zum weiteren geht Gauleiter Hoffmann noch auf den Mantelvertrag ein, der allgemein nicht die Beachtung findet, wie es eigentlich sein muß. Gerade da muß die Arbeiterschaft etwas eingeweiht sein, wenn sie nicht bei jeder Gelegenheit das Schiedsgericht entscheiden lassen will. Betreffs der Preis- und Defektkommission muß dieselbe sofort angesprochen werden, wenn es am Werke ist. Einzelne Vereinbarungen oder Abmachungen mit dem Betriebsleiter sind unzulässig. Am Schluß seiner Ausführungen rügt Gauleiter Hoffmann das Verhalten und Auftreten des Betriebsleiters Bötsch während der Verhandlungen. Er kann es jetzt der Hermesdorfer Arbeiterschaft nachsagen, wenn sie mit Herrn Bötsch nicht so auseinander gekommen ist, wie es eigentlich sein müßte. Er hat es Herrn Bötsch anheim gestellt, ob er seine Stellungnahme nicht ändert, daß er jede Verantwortung ablehnt, ebenso die Verbandsleitung; mag daraus entstehen, was es will.

Unter „Verschiedenes“ kommt das neue Lohnabkommen zur Sprache. Der Vertrag läuft zwei Monate. Zum weiteren entspann sich eine längere Debatte über die Nichtorganisierten. Es ist eine Kontrolle geübt worden im Betriebe; es kann nur berichtet werden, daß sich alles reiblos im Verande befindet. — Zum Schluß präferierte die ganze Versammlung gegen das Verhalten des Betriebsleiters Bötsch; denn die Arbeiterschaft ist nicht mehr gewillt, sich von den Herren länger gefallen zu lassen und gibt dem Betriebsrat, der die nötigen Anweisungen erteilt, die nötigen Anweisungen. Hierauf schloß der Vorsitzende die Versammlung.

München. Erwiderung auf die Kritik des Hauptvorstandes der Resolution der Zahlstelle München in Nr. 12 der „Arbeiter-Zeitung“ vom 19. März 1920. Es ist zunächst festzustellen, daß diese Entschließung nicht nur von den Münchener Kollegen, sondern von der Zahlstelle München einstimmig angenommen wurde.

Weiter finden wir diese Art der Kritik. Willensäußerungen einer Zahlstelle ins Unschärfliche zu ziehen, rechtsondern im allgemeinen möchten wir bemerken: Der Zweck der Resolution war nicht, als ein Meisterwerk der Logik zu gelten. Sie ist nicht auf Paragraphen abgestimmt, sie wollte auch nicht der

neue Richtlinien im einzelnen geben. Beileibe nicht, haben wir ja unsere obersten Instanzen, die sicher über viel mehr Geist verfügen, als wir gewöhnlichen Arbeiter, die die ganze Woche in ihren staubigen Arbeitsräumen hocken, und denen es bisher noch niemals eingefallen ist, einmal eine besondere Rolle in der Geschichte der Revolution spielen zu wollen. Das ist und war nicht der Sinn, verehrte Redaktion, den Sie herauszuschälen beliebten. Aus dem Gefühl heraus ist sie entstanden, von alten, langjährigen Verbandskollegen verfaßt, die schmerzlich und voll Erbitterung den Tag deutlich gesehen haben, wohin die besondere Logik der Redaktion führt.

Unsere Resolution wollte weiter nichts (dazu wollte sie auch keine übrigen Rahlstellen auffordern), als daß sich unser Verband dortin zurechtfinden sollte, wo er hingehört, „zur reinsozialistischen Kampffront“; daß vor allem das Verwischen und Verkleistern der Grenzen zwischen Arbeit und Kapital aufzuhören hat, daß unser Verband klar und unzweideutig auszusprechen hat: „Kampf dem Kapitalismus, Anerkennung und Ausbeuten alles dessen, was die sozialistische Bewegung zur Verwirklichung ihres Zieles als notwendig erkannt hat, Zusammenführen der wirtschaftlichen und wirklich sozialistischen Organisationen, nicht jener, die den Sozialismus zur reinen Phrase vor der ganzen Welt herabgewürdigt haben.“ Das ist die Kraft, die Macht der Arbeiter, das ist keine Zersplitterung, sondern Einigung und Festigung des einzelnen, und damit der ganzen Arbeiterklasse. Soviel zur Nichtigstellung der ersten Resolution der Rahlstelle München.

Da aber in dem gleichen Artikel auch ausgesprochen wurde, daß der Verbandsleitung praktische Vorschläge, die sofort realisierbar sind, gemacht werden sollen, stellt die Rahlstelle München dem Geiste der Resolution nach folgende Forderungen: In unserem Verbandsganzen fernherhin den Platz nicht mehr auszufüllen mit Artikeln, die zu Mitgliedern weiter nichts sagen, als wie weit ihre Befugnisse nach dem Verbandsstatut gehen, die bloß feststellen, welchen Schikanen der Arbeiter dem Unternehmer gegenüber ausgesetzt ist, sondern, und das soll in Zukunft die Tendenz der „Ameise“ sein, das Uebel bei der Wurzel auszuheben, zeigen, daß das kapitalistische System gar nichts anderes sein kann, als ein Bedrücker der Arbeiter; in Zeitartikeln die Aufgaben einer freien Gewerkschaft, einer Kampforganisation klarzulegen. Bei neuen Tarifabschlüssen die am fortschrittlichsten Gewerkschaften zum Vorbild zu machen (Metall-, Holz-, Bergarbeiterverband); den Stand der Valuta und Preissteigerung zu berücksichtigen. Porzellan ist Kompensationsware. In Porzellan ist kein Rohstoffmangel. In Porzellan ist Hochkonjunktur. — Wir haben deshalb ein gutes Recht, mit an der Spitze zu marschieren. 45.000 organisierte Porzellanarbeiter und -arbeiterinnen wären sicher, wenn es darauf ankommt, auch kein schlechtes Mittel, diesen Tatsachen den nötigen Nachdruck zu verleihen.

Die Rahlstelle München begnügt sich für diesmal mit diesen Vorschlägen. Sie wird aber, sollte auch hinter dieser Erwiderung irgendwelcher Sinn gesucht werden, sich trotzdem nicht abhalten lassen, immer wieder ihre Forderungen zu betonen und appelliert nochmals am Schluß an alle Rahlstellen, im gleichen Sinne zu wirken.

In Anbetracht der wirtschaftlichen Lage beschließt die Versammlung, ab 1. Mai das Lohnabkommen zu erhöhen.

S. U.: S ü ß e n b a c h, Schriftführer.

Anmerkung des Schriftleiters. Die vorstehende Erwiderung der Rahlstelle München nötigt mich zu einigen Bemerkungen. Zunächst stelle ich fest — wenn solche Feststellung auch für alle übrigen Rahlstellen, außer München, überflüssig sein mag — daß nicht der Hauptvorstand, sondern der Unterzeichnete die „Ameise“ dirigiert. Weder der Hauptvorstand als Ganzes, noch ein einzelnes Mitglied des Hauptvorstandes hat meines Wissens bisher zur Resolution München in Nr. 12 der „Ameise“ Stellung genommen. Wenn der Hauptvorstand als solcher irgendwelche Erklärungen, Beschlüsse usw. in der „Ameise“ veröffentlicht oder irgendwelche Stellungnahme einer Frage für oder gegen eine oder mehrere Rahlstellen in der „Ameise“ genommen hat, dann hat er diese auch als Vorstandsauffassung öffentlich gemacht. Der Artikel „Echliche Kritik“ in Nr. 12 der „Ameise“ ist also aus der Feder des Unterzeichneten geflossen, und ist auch dieser dafür allein verantwortlich.

Nun zur Sache selbst. Daß die Resolution von der Rahlstelle München einstimmig angenommen wurde, verbessert die Position der Münchener Kollegen nach meiner Auffassung nicht. Daß meine Kritik in der Resolution München eine unsachliche, die Kollegen lächerlich machende gewesen sein soll, gebe ich so wenig zu, als ich annehmen würde, die Wendung, „die obersten Instanzen im Verband verfügen über viel mehr Geist als die „gewöhnlichen“ Arbeiter in München“, ist ironisch und nicht von der Selbsterkenntnis diktiert bitterer Ernst gewesen.

Die Resolution München, die nach der eigenen Erklärung ihrer Verfasser aus dem „Gefühl heraus“ und nicht etwa auf Grundlage ökonomischer Kenntnisse entstanden ist, will mancherlei erreichen.

Zunächst soll sich unser Verband zur „reinsozialistischen Kampffront“ zurückfinden. „Reinsozialistische Kampffront“, wahrlich, das ist ein Wort von wundervollem Klang, das wie Sphären-Musik die Ohren klingt. Zur reinsozialistischen Kampffront können wir nach Auffassung der Münchener Kollegen aber nur gelangen, wenn unser Verband „rückwärts“ konzentriert. Diese Rückwärtsbewegung, die in München als Fortschritt gilt, werden aber — das ist eine Beirückung — nicht alle Kollegen mitmachen wollen. Ziel ist werden aber die Kollegen in München deutlicher und sagen, zu welcher Zeit und in welchem Stadium unserer Entwicklungsgeschichte unser Verband an der reinsozialistischen Kampffront befunden und wann er diese verlassen hat.

Ferner soll das „Zusammenführen“ der wirtschaftlichen mit den sozialistischen Organisationen zu den Aufgaben unseres Verbandes gehören. Wie sich die Münchener dieses „Zusammenführen“ in der Praxis denken, behalten sie, wenigstens vorläufig, schämig für sich. Und dann — welches sind die wirklich sozialistischen Organisationen? Sind es die S. V. D. oder die U. S. R. D., oder die Internationalisten, oder die Spartakisten, oder die R. P. D.

oder R. P. D., oder ist es sonst noch eine sozialistische Organisation von der Stärke eines Regellubs, die mir nicht bekannt ist? Von diesen allen hält sich natürlich jede als die alleinige wirklich sozialistische Organisation. Nach meiner Auffassung sind es die letztgenannten, die den Sozialismus zur Phrase herabgewürdigt haben; ich bin aber nicht ganz sicher, ob ich in diesem Punkte mich in Uebereinstimmung mit den Münchener Kollegen befinde. Weil zu befürchten steht, daß es noch manchem anderen Kollegen ebenso ergehen könnte, wie mir, dürfte es schon notwendig sein, daß die Münchener Kollegen frei und frank herauszusagen, mit welcher Organisation sie unseren Verband zusammengeführt wissen wollen, was geschehen soll, wenn die „Zusammenführung“ erfolgt ist, ob sich die beiden Organisationen nach der Zusammenführung betrachten sollen wie ein vom Heiratsvermittler zusammengeführtes Paar, und damit die Sache erledigt sein soll. Bei dieser Gelegenheit könnte die Rahlstelle München gleichzeitig die Beweise dafür anführen, wo und wann unser Verband den Interessengegensatz zwischen Kapital und Arbeit zu verwischen gesucht hat. Auch die Münchener Kollegen werden nicht verlangen können, daß jedermann ihre beweislosen Behauptungen als perfekte Tatsachen hinzunehmen hat.

Der Münchener Rahlstelle sei aber an dieser Stelle und in diesem Zusammenhange gesagt, daß unser Verband, wie die freien Gewerkschaften im allgemeinen, allerdings auf dem Boden der sozialistischen Weltanschauung steht, es aber strikt ablehnt, etwas anderes zu sein, als eine rein wirtschaftliche Organisation. Der Zweck unseres Verbandes ist im § 1 unseres Statuts vermerkt. Dieser § 1 des Statuts stimmt durchaus überein, was in Nr. 7 der „Ameise“ vom 13. Februar 1920 im Spitzenartikel „Gewerkschaftliche Grundsätze“ niedergelegt ist. Das ist der Rahmen, in welchem unser Verband sich zu bewegen, in welchem er seine Aufgaben zu erfüllen hat. Es ist Sache der Münchener Kollegen, zu prüfen, ob sie mit ihrer gewerkschaftlichen Auffassung übereinstimmen mit dieser im Statut festgelegten Aufgabe unseres Verbandes.

Doch die Münchener Kollegen kommen in ihren praktischen Vorschlägen schon dahin, im Draa ja nichts vom Statut zu sagen. Das wird und kann mich nicht abhalten, auch in Zukunft zur statutarischen Pflichterfüllung aufzurufen, wenn es notwendig sein sollte.

Daß die „Ameise“ Kritik an Unternehmern geübt hat, die unsere Mitglieder bedrängen und in ihren Rechten zu schmälern suchen, ist in den Augen der Münchener nicht am Platze. In ihren praktischen Vorschlägen kommen sie deswegen dazu, zu verlangen, daß Feststellungen, welchen Schikanen in manchen Betrieben die Arbeiter ausgesetzt sind, nicht mehr in der „Ameise“ erfolgen dürfen. Das ist alles notwendig, weil wir uns sonst nicht mehr „zurückfinden“ können.

Bei neuen Tarifabschlüssen — das gehört als „praktischer“ Vorschlag der Münchener ins Stammbuch des Vorstandes — sollen die „fortgeschrittensten“ Gewerkschaften zum Vorbild genommen werden, wie z. B. die Metallarbeiter. Nun, die Münchener mögen sich einmal bei unseren Kollegen in Hennigsdorf befragen, wie diese über den „fortgeschrittensten“ Metallarbeiterverband denken. Unsere Hennigsdorfer Mitglieder sind wider ihren Willen unter den Tarif des Metallarbeiterverbandes gestellt worden und machen schon seit längerer Zeit verzweifelte Anstrengungen, um unseren Tarif in Hennigsdorf für sich zur Anerkennung zu bringen. Die Leitung des Berliner Metallarbeiterverbandes ist wohl fürchterlich radikal, dafür haben die Berliner Metallarbeiter aber die erbärmlichsten Lohn- und Arbeitsbedingungen. Und ausgerechnet diesen Verband soll sich unser Verband bei neuen Tarifverhandlungen als Muster dienen lassen? O sancta simplicitas.

Zum Schluß möchte ich der Rahlstelle München noch sagen, daß sie richtiger handelte, wenn sie um das, was sie eigentlich wollte, nicht erst herumgehen würde, wie die Rake um den heißen Brei. Das wird schon um deswillen notwendig sein, weil andere Rahlstellen, die ja zu ihrer Resolution Stellung nehmen sollen, auch wissen wollen, wohin die Reise der Münchener eigentlich geht. Die übergroße Mehrheit aller unserer Mitglieder würde dann recht bald zu der Auffassung kommen, daß nach wie vor die wirtschaftlichen Ziele in der Gewerkschaft, die politischen Ziele in der politischen Partei zu verfolgen sind. Ein „Zusammenführen“ dieser beiden Organisationen zu einem syndikalistischen Brei würden diese ablehnen.

F o h. S c h n e i d e r.

Wallhausen. In der am 23. April stattgefundenen Rahlstellenversammlung stand auf der Tagesordnung: 1. Kassenbericht. 2. Urlaubsfrage. 3. Entlassung des Oberdrehers Schäfer. 4. Geschäftliches. Zu Punkt 1 gab der Kassierer den Kassenbericht vom 1. Quartal. Die Revisoren haben die Kasse geprüft und für richtig befunden. Darauf wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Für die Märzgefalle wurden 393 Mk. gesammelt, ferner wurde eine Sammlung veranstaltet für einen kranken Kollegen, aus Anlaß des Todes seiner Frau. Es wurden gesammelt 268 Mk. Zu Punkt 2, „Urlaubsfrage“, einigte sich die Versammlung dahin, daß sämtliche Kollegen, welche Urlaub zu beanspruchen haben, ihn anschließend an Pfingsten haben wollen. Zu Punkt 3: Seinerzeit verlangte die Arbeiterchaft von der Firma, den Oberdrehersch. zu kündigen, weil die kranken Kollegen ein weiteres Zusammenarbeiten mit ihm ablehnen. Hierzu weigerte sich die Firma. Die heutige Versammlung entschied dahin, nochmals bei der Firma vorstellig zu werden und die Kündigung des Sch. zu verlangen. Es wurde mit großer Stimmenmehrheit beschlossen, in den Streik zu treten, falls sich die Firma weigert. Zu Punkt 4, „Geschäftliches“, rügt der Vorsitzende die Versammlungsbummler. Ferner wurden den beiden Tarifverlegern je 6 Mk. bewilligt für jede Sitzung.

Literarisches.

Von der „Neuen Zeit“ ist soeben das 6. Heft vom 2. Band des 38. Jahrganges erschienen.

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteurs zum Preise von 9.75 Mark das Vierteljahr zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur für das Vierteljahr bestellt werden. Das einzelne Heft kostet 75 Pfennig.

Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung. —

Vom „Wahren Jakob“ ist soeben die 10. Nummer des 37. Jahrgangs erschienen.

Der Preis der Nummer ist 50 Pf. Probenummern sind jederzeit durch den Verlag J. G. W. Diez Nachf., G. m. b. H. in Stuttgart, sowie von allen Buchhandlungen und Kolporturen zu beziehen.

Zur Beachtung für die Verwaltungen!

Vom 6. Mai ab gelten folgende erhöhte Portofälle (das billigere Porto für den Orts- und Nachbarortverkehr kommt in Wegfall; Postkarten und Briefe kosten im Ortsverkehr dasselbe Porto wie im Fernverkehr):

Postkarten	0,30 Mt.
Briefe bis zu 20 Gramm	0,40 "
„ über 20 bis 250 Gramm	0,60 "
Drucksachen bis 50 Gramm	0,10 "
„ über 50 bis 100 Gramm	0,20 "
„ 100 „ 250 „	0,40 "
„ 250 „ 500 „	0,60 "
„ 500 Gramm bis 1 Kilogramm	0,80 "
Geschäftspapiere bis 250 Gramm	0,40 "
„ über 250 bis 500 Gramm	0,60 "
„ 500 Gramm bis 1 Kilogramm	0,80 "
Postauftragsbriefe	1,50 "
Briefe mit Wertangabe bis 20 Gramm	0,90 "
„ über 20 bis 250 Gramm	1,10 "
dazu Versicherungsgebühr	1,— "
für je 1000 Mt. Wertangabe,	
und die Versicherungsgebühr	0,50 "
Postanweisungen bis 50 Mt.	0,50 "
„ über 50 bis 250 Mt.	1,— "
„ 250 „ 500 „	1,50 "
„ 500 „ 1000 „	2,— "

Die Einschreibgebühr beträgt 50 Pf. Neu eingeführt ist die Zuschlaggebühr für postlagernde Sendungen von 10 Pf. und die Paketlagergebühr für Pakete, die ohne Verschulden der Post lagern — täglich 30 Pf.

Die Paketgebühr beträgt bis 5 Kilogramm:

in der Nahzone	1,25 Mt.
„ Fernzone	2,— "
über 5 bis 10 Kilogramm:	
in der Nahzone	2,50 "
„ Fernzone	4,— "
über 10 bis 15 Kilogramm:	
in der Nahzone	5,— "
„ Fernzone	8,— "
über 15 bis 20 Kilogramm:	
in der Nahzone	8,— "
„ Fernzone	12,— "

Quittung.

Für unsere frankten Kollegen G. Töpfer, E. Menzel, J. Bauer-
lach gingen ein von den Zahlstellen: Schönwald 30,—; Gera b. Ebg.
20,—; Bonn 20,—; Waldburg 30,—; Kahla 30,—; Göschwitz 10,—;
Rauenstein 10,—; Weilsdorf 30,—; Auma 15,—; Rudolstadt 15,—;
Bohnenstraß 30,—; Hohenberg 10,—; Regensburg 15,—; Flörsheim
5,—; Neuhalbensleben 30,—; Annaburg 30,—; Althalbensleben 20,—;
Walbershof 20,—; Hennigsdorf 20,—; Blankenhain 20,—; Scheibe
30,—; Planthammer 15,—; Koburg 75,—; Wunsiedel 30,—; Colbitz
20,—; Breßlig (Obf.) 20,—; Tiefenfurt 60,—; Grünstadt 20,—; Char-
lottenbrunn 25,—; Weiskasser 60,—; Schleusingen 10,—; Sonders-
hausen 30,—; Teltow 60,—; Königszell 30,—; Brattendorf 10,—;
Pössa 20,—; Großbreitenbach 30,—; Ilmenau 20,—; gesammelt von
den Betriebsangehörigen der Porzellanfabrik Bruggarub i. Obf. 80,50
Mark. In Summa: 1055,50 Mt. Wir schließen hiermit die Samm-
lung und sagen allen Gebern herzlichen Dank.

Für die Zahlstelle Renhaus b. Sonneberg: A. A.: Karl Burkart.

Esterbetafel.

Althalbensleben. August Kramer, Dreher, geboren am
30. Dezember 1876, gestorben am 3. Mai an Blinddarmentzündung.
Mitglied seit 1919.

Auma. Josef Holperl, Schleifer, geboren am 29. Juli
1878 in Schlagenwald (Böhmen), gestorben am 2. Mai an
Tuberkulose. Mitglied seit 1897.

— Franz Bette, Schleifer, geboren am 15. Juli 1850
in Auma, gestorben am 12. März an Lungenleiden. Mitglied
seit 1919.

Hennigsdorf. Martha Springer, Fuherin, geboren
am 22. Juni 1892 in Weierert, gestorben am 19. April an den
Folgen einer Operation. Mitglied seit 1918.

Ilmenau. Robert Götter, Maler, geboren am
22. September 1865 in Brattendorf (Böhmen), gestorben am
28. April an Tuberkulose. Mitglied seit 1918.

Kloster-Weiskasser. Bernhard Koch, Stenzer, geboren
am 31. März 1898, gestorben am 20. April an den Folgen
einer in Folge einer Gasvergiftung. Mitglied seit
1919.

Teltow. Josef Wolf, Maler, geboren am 21. No-
vember 1866 in Teltow, gestorben am 29. April an Tuberku-
lase. Mitglied seit 1918.

Wunsiedel. Kaijar Biedermann, Schleifer, ge-
boren am 17. November 1858 in Saslan, gestorben am 30. April
an Kehlkopfleid. Mitglied seit 1913.

Ehre ihrem Andenken!

Adressen-Veränderungen.

Arzberg. Kassierer: Georg Bauer, Bahnhofstr. 228 a.
Eisenach. Vorsitzender und Kassierer: Paul Wels, Neustadt 8.
Schriftführer und Revisor: Gottfried Schöneborn, Bahnhofstr.
beide Maler.

Flörsheim a. M. Vorsitzender: Wilhelm Mühlen, Hoch-
massenheimerstr. 22. Schriftführer: Alfred Demmerle, Hoch-
massenheimerstr. 22.

Natingen b. Düsseldorf. Vorsitzender: Wilhelm Oster-
meyer, Hombergerstr. 19 a. Schriftführer: Ernst Burmeister, Indu-
striestraße 1 g. Kassierer: Josef Edmann, Fr., Bahnstr. 22 a. Revisor:
Josef Coenen, Wallstr. 4, und Heinrich Scholle, Mühlenheimerstr.

Versammlungs-Anzeigen.

Zahlreicher Besuch in allen Versammlungen erwünscht.

Annaburg. Sonnabend, 15. Mai, abends 8 Uhr, im Ge-
schaftshaus (kleiner Saal).

Arzberg. Sonnabend, den 15. Mai, abends 8 Uhr, im
sum-Saale: Wahl eines Vorsitzenden und Unterkassierers.

Berlin. Schilbermaler-Vertrauensmänner-Sitzung. Dien-
stag, den 18. Mai, 5 Uhr, bei Wollschläger.

Berlin-Charlottenburg. Montag, den 17. Mai, 7½ Uhr: Ver-
waltungssitzung im Bureau. — Mittwoch, den 19. Mai, ab-
ends 7 Uhr: Zahlstellenversammlung in der Aula, Dresdenerstr. 113.

Blankenhain. Sonnabend, den 15. Mai, 8 Uhr, bei Klein-
haus. Quartalsabschluss.

Gräfenhain. Sonnabend, 22. Mai, abends 8 Uhr, im Ge-
schaftshaus. Quartalsabschluss.

München. Montag, 17. Mai, abends 6½ Uhr, im Rie-
brauhaus, Bayerstraße.

Arbeitsmarkt.

Offertbriefe, denen kein frankiertes Kuvert beiliegt, werden
nicht weiter befördert.

Junger, tüchtiger Porzellanmaler, mit seiner Arbeit be-
traut, sucht Stellung in einer Porzellanfabrik.
Angebote unter K. an die Redaktion der „Ameise“.

Einige Blumenmaler,

die in feiner „Meißner Manier“ bewandert sind, außerdem
Schriftmaler und Dekorateur

für Porzellan gesucht. — Angebote mit selbstgefertigten Probearbeiten
erbitten an die Meißner Dien- und Porzellanfabrik, vorm. C. Teich-
meißner, Neumarkt.

Wir suchen in dauernde Stellung einen

selbständig arbeitenden Maler

(erste Kraft), für handgemalte Köpfe und Figuren, blau Delft,
größere Stücke. Gebrüder Schulz, Frankfurt a. M.

Geschäfts-Anzeigen.

Für alle Goldabfälle, wie Nische, Schmiere, Lappen,
Flaschen usw. zahle die höchsten Preise. Machen Sie
einen Versuch und Sie werden mein Kunde bleiben.

A. Langhammer, Wilkau b. Zwickau, S.

Goldhaltige Schmiere — Lappen — Nische — Pinsel — Flaschen
Waldrückstände usw. zum Einschmelzen kauft

M. Köhler, Dresden-A., Gerichtstr. 8. II.
Reelle Bedienung. — Höchste Preise. — Sofort Kasse.

Gmil Böhme & Eisenberg S.-A.

Einkaufsgeschäft für Glanzgold, Goldschmiere u. alle goldhaltigen
Metalle Geschäft dieser Art Reelle u. pünktliche Bedienung

Man verlange Prospekte.

Goldschmiere, Goldlappen, Goldflaschen und alle in der
Golderei vorkommenden Abfälle kauft zu höchsten Tagespreisen
schneller und reeller Bedienung Oskar Rottmann, Stadtilm i. Th.

Gebr. Nordhäuser Kantabak

unter Garantie. Neuester preiswert. Verlangen Sie Sonderpreise
für „Ameise“-Leser. Edwin Petermann, Hermdorf, S.-A., Schulstr.

Exp.
1896.
—
Karte
Karte

Gold, Platin u. Silberabfälle aller Art



Profil
Karte
Karte

Gold,
Platin,
Silber,
Kupfer
u.
Antimon

Städt. Zwickau, S. Osterw. 32

Herausg. v. Verband d. Porzellan- u. verw. Arbeiter u. Arbeiterinnen
Redaktion: Joh. Schneider, Charlottenburg, Rosinenstr. 4
Verlag: Wilhelm Herden, Charlottenburg, Rosinenstr. 4
Druck von Otto Goerke, Charlottenburg, Wallstr. 22